



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

273 (24.6.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191964](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191964)

# Mannheimer General-Anzeiger

Wojungspreise: In Mannheim u. Umgebung monatl. einbl. 1.50 für 1000 Liter u. 1000 kg. ...  
Wojungspreise: Bei überjetzigem Witterung 1.50 ...

## Badische Neueste Nachrichten

### Das bürgerliche Kabinett der Mitte.

#### Die neuen Männer.

□ Berlin, 24. Juni. (Von unfr. Berl. Büro.) Der Kabinetrat trat heute 11 Uhr vormittags zusammen. Er entschied sich dafür die auf heute anberaumte Sitzung abzuhalten. Auch morgen soll eine Sitzung stattfinden. Ueber die weiteren Dispositionen wird der Kabinetrat in einer zweiten Sitzung beschließen, die unmittelbar nach der Plenarsitzung stattfinden soll.

Man nimmt jetzt allgemein an, daß die Sozialdemokratie in gewissem Sinne einklinken wird, daß die Lösung jetzt gefunden ist und daß auf der Grundlage der Dreierkoalition das neue Ministerium nunmehr bald gebildet sein wird. Nach den Mitteilungen der „B. Z.“ steht sich das Kabinett folgendermaßen zusammen:

- Reichskanzler Fehrenbach (Zentrum),
- stellv. Reichskanzler und Reichsjustizminister: Dr. Heintze (Deutsche Volkspartei),
- Reichsminister des Innern: Dr. Koch (Dem.),
- Reichsminister des Auswärtigen: Simons (Dem.),
- Reichsfinanzminister: Dr. Wirth (Zentrum),
- Reichsbeschaffungsminister: v. Raumer (Deutsche Volkspartei),
- Reichswehrminister: Dr. Geisler (Dem.),
- Reichsverkehrsminister: Gröner (parteilos, den Demokraten nahestehend),
- Reichswirtschaftsminister: Dr. Scholz (Deutsche Volksp.),
- Wiederaufbauminister: vorläufig unbesetzt,
- Reichspostminister: Giesberts (Zentrum),
- Reichsarbeitsminister: noch unbestimmt.

Dr. Scholz, der Oberbürgermeister von Charlottenburg, ist ein geborener Rheinländer. Er war eine Zeitlang erster Sekretär des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Deutschlands, später Stadtkämmerer in Wiesbaden, Beigeordneter in Württemberg und Oberbürgermeister in Kassel. Er ist Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Die Führer der Deutschen Volkspartei hatten gestern abend wiederum eine eingehende Besprechung mit dem Reichskanzler Fehrenbach. Dabei wurde abermals die Frage des künftigen Zusammenarbeitens der verschiedenen an der Wirtschaft interessierten Kreise erörtert. Es ist ein Weg gefunden worden, der zum Ziele der Deutschen Volkspartei führen dürfte, ohne daß die ursprünglich für notwendig gehaltene personelle Umgruppierung im Kabinett erfolgt. Das Zusammenwirken der verschiedenen Reichsstellen im Interesse einer einheitlichen Reichswirtschaft erscheint sichergestellt. Insbesondere ist anerkannt worden, daß das Verkehrsministerium in enger Gemeinschaft mit dem Reichswirtschaftsministerium arbeiten mußte.

Für die Deutsche Volkspartei haben sich allerdings Schwierigkeiten daraus ergeben, daß die von ihr in Aussicht genommenen Persönlichkeiten aus dem praktischen Leben erklärt haben, gegenwärtig ein politisches Amt nicht annehmen zu können. Ihre Aufgaben, Führer der Wirtschaft zu sein, können sie gegenwärtig am besten dadurch erfüllen, wenn sie auf ihrem Posten bleiben und insbesondere auch ihre Stellung in der Zentralgemeinschaft beibehalten, in der sie auch des Vertrauens der Arbeiter genießen.

XX Berlin, 24. Juni. (Priv.-Tel.) Die Zusammenziehung des Kabinetts ist nun auch nach der personellen Seite soweit geblieben, daß mit einer raschen Kabinettsbildung gerechnet werden kann. Der Einspruch der Deutschen Volkspartei gegen die vom Reichskanzler Fehrenbach vorgeschlagene Liste hat insofern Erfolg gehabt, als ihr die Zustimmung erteilt worden ist, daß alle mit dem Wirtschaftsgebiet zusammenhängenden Ministerien noch einheitlichen Gesichtspunkten verwaltet werden sollen. Das Zentrum war allerdings nicht zu bewegen, den Finanzminister Dr. Wirth preiszugeben. Auf der anderen Seite haben sich die führenden Persönlichkeiten der Industrie und des Wirtschaftslebens infolge der augenblicklichen wirtschaftlichen Krise, infolge der alle Kräfte der Industrie in Anspruch nimmt, nicht in dem Maße zur Übernahme von Ministerämtern so bereit erklärt, wie es die Deutsche Volkspartei erwartet hatte. Unter diesen Umständen hat sich die Deutsche Volkspartei damit begnügt, für den Posten des Reichswirtschaftsministers den Oberbürgermeister von Charlottenburg Dr. Scholz und für das Reichsbeschaffungsamt den Abg. v. Raumer, den Vater der Arbeitgemeinschaft vorzuschlagen. Das Reichsjustizamt wird Abg. Dr. Heintze übernehmen. Wieweit kommt für das Ministerium des Wiederaufbaus noch ein Vertreter der Deutschen Volkspartei in Frage, doch sind darüber die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

In einem Berliner Telegramm der „Stn. Ztg.“ wird gesagt, daß, falls die Partei noch das Wiederaufbauministerium zu besetzen hat, hierfür der Abg. Kempkes in Frage kommen würde.

m. Köln, 24. Juni. (Priv.-Tel.) Die Kölnische Volkszeitung meldet aus Berlin: Zur Kabinettsbildung hört man, daß die entscheidendsten Schritte von dem Reichskanzler gesteuert abend noch unternommen wurden und gelingen sind. Die Deutsche Volkspartei hat ihre Forderung nach einheitlicher Besetzung der Reichsministerämter fallen lassen, da Fehrenbach, erwiderte, daß das Beharren auf dieser Forderung die Kabinettsbildung zum Scheitern bringen würde. Bis heute mittag will die Deutsche Volkspartei einen Kandidaten für das Reichswirtschaftsministerium vorschlagen. Das Reichsfinanzministerium soll nun in den Händen des Dr. Wirth bleiben, während für das Reichsbeschaffungsamt der Verwaltungsdirektor Raumer vorgeschlagen werden soll.

### Freiherr v. Versner über die Aufgaben der neuen Regierung.

Reichstagsabgeordneter Frhr. v. Versner, der frühere Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, hatte mit dem Vertreter der „Chicago Tribune“ eine Unterredung, in der v. Versner zunächst das Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung als bedauerlich bezeichnet hatte und dann betonte, daß man nunmehr schnellstens zur Bildung eines zielbewußten Ministeriums der bürgerlichen Parteien schreiten müsse.

Frage: Welche innerpolitischen Hauptaufgaben wird das Ministerium zu bewältigen haben?

Antwort: Vor allem die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Deutschland. Die Regierung muß sich klar sein, daß unser aus tausend Wunden blutendes Deutschland keine Unruhen mehr verträgt und daß sie allen Versuchen, die Ruhe im Lande zu stören, woher sie auch kommen mögen, mit unerschütterlicher Energie und fester Hand entgegenzutreten muß. Sofort muß der Wiederaufbau unseres Vaterlandes in Angriff genommen werden. Kamentlich der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens. Für uns muß in erhöhtem Maße der amerikanische Wohlstand gelten: Weniger verbrauchen, mehr produzieren!

Frage: Welche außenpolitischen Aufgaben halten Sie für die dringlichsten?

Antwort: Eine ehrliche klare Außenpolitik. Bisher hat die deutsche Regierung immer betont, daß sie den Friedensvertrag von Versailles ausführen will. Ich kann nicht anders sagen, als dies ist ein ehrliches Programm ist. Weder im Ausland noch im Ausland — auch bei der Entente — gibt es heute keinen vernünftigen Menschen mehr, der den Versailles-Friedensvertrag für ausführbar hält. Die neue deutsche Regierung hat daher m. E. die heilige Pflicht, klar und deutlich zu erklären, daß der Vertrag von Versailles unausführbar, unmöglich ist. Sie muß deutlich und unumwunden aussprechen, daß eine Revision des Friedens das Hauptziel unserer gesamten auswärtigen Politik ist.

Frage: Glauben Sie, daß die Entente mit einer deutschen Regierung verhandeln wird, die das Programm verläßt?

Antwort: Ich weiß es nicht, aber ich hoffe es. Wie schon gesagt, ist bei weitem der größte Teil der Entente schon heute selbst von der Unmöglichkeit des Versailles-Berichtsvertrages überzeugt. Wer noch nicht davon überzeugt ist, der braucht bloß das Buch des Engländers Keynes zu lesen. Dies wird selbst den größten Chauvinisten überzeugen, daß der Vertrag von Versailles ein Unding, eine Unmöglichkeit ist und revidiert werden muß.

Jeder weiß — auch bei der Entente —, daß der Versailles-Friede der Hauptgrund fast allen Mordes, aller Aufruhr, allen Hungerkriegs, allen Bolschewismus in Deutschland ist. Und die Entente hat doch selbst das allergrößte Interesse daran, daß bei uns nicht Unruhe und Bolschewismus, sondern Ruhe und Ordnung herrschen!

Die Schlussfrage, was er von Spa erhoffte, beantwortete Freiherr v. Versner folgendermaßen:  
Nur wenn die deutsche Regierung sich ehrlich zu dem Programm der Revision des Versailles-Friedens bekennt,

erhoffe ich vernünftige, für beide Teile aussichtsreiche Verhandlungen in Spa. Soll in den allen Gedankengängen und Ideen von Versailles verhandelt werden, soll der Friedensvertrag nur etwas milder ausgelegt werden, so halte ich die Zusammenkunft für völlig wertlos, ja sogar für schädlich. Arbeit, Zeit und Geld, die für die Konferenz aufgewandt werden, sind dann verloren, denn es würde auf unheiliger Basis verhandelt werden. Neue Unruhe würde zum Unheiligen Deutschlands und der Alliierten erörtert und schließlich untergeordnet werden. Und es ist doch wahrhaftig an der Zeit, endlich mit diesen Unheiligkeiten zu brechen!  
Die Entente muß einsehen, daß es ihr ureigenster Vorteil ist, wenn sie eine ehrliche Regierung in Deutschland unterstützt. Ehrlich kann eine Regierung nur sein, wenn sie im Innern Ruhe und Ordnung mit aller Energie aufrechtzuerhalten gewillt ist und vom Ausland die Revision des Friedens von Versailles fordert!

### Das Ergebnis von Boulogne.

Lloyd George ist zufrieden.

Amsterdam, 24. Juni. (WB.) Lloyd George sagte nach einer Londoner Meldung in einer Unterredung, die Zusammenkunft in Boulogne sei in mehr als einer Beziehung sommig gewesen. Die Deutschen hätten anscheinend erwartet, daß die Meinungen geteilt seien; sie würden aber finden, daß die Alliierten einig und entschlossen wie immer seien. Ueber die Entzweiung Deutschlands habe die Konferenz auf Grund des englischen Vorschlages strenge Beschlüsse gefaßt. Die Ergebnisse der Konferenzen in Hythe und Boulogne seien sehr hoch anzuschlagen. Auf die Frage wegen des Betrages der deutschen Gesamtentschädigungssumme lehnte Lloyd George die Antwort ab. Die Alliierten würden zunächst abwarten, welche Vorschläge die Deutschen selbst in Spa machen würden. Lloyd George bemerkte weiter, er halte die Lage in der Türkei nicht für ernst.

### Der Freiheitsskampf der Türkei.

England wird zum Erzfeind der Türkei erklärt.

Amsterdam, 24. Juni. (W. B.) Die „Times“ bringt in einer Konstantinopeler Meldung einen Bericht über eine geheime Sitzung des Parlaments von Mustafa Kemal. In dieser Sitzung wurde England als der Erzfeind der Türkei erklärt und beschlossen, daß die Nationalisten sich dem türkischen Friedensvertrag bis zum letzten Augenblick widersetzen würden.

England gibt Mesopotamien eine Regierung!

London, 23. Juni. (WB.) Reuters meldet aus Bagdad vom 22. Juni: Man erklärt offiziell, daß unter der britischen Herrschaft in Mesopotamien dem Lande unter der Mitwirkung des Volkes eine Verfassung gegeben werden soll, um seine Entwicklung zu fördern und ihm eine eigene Regierung zu geben, die fähig ist, solange zu regieren, bis die britische Oberherrschaft erloschen ist. Es wird ein provisorischer Staatsrat unter arabischem Vorsitz und eine nach freier Wahl gebildete Nationalversammlung gewählt werden.

London, 24. Juni. (WB.) Im Unterhaus verlas der frühere Minister für Indien, Lord Montagu, eine Erklärung über die Politik der Regierung in Mesopotamien. Asquith meint, daß es sich für Großbritannien empfehlen würde, Mesopotamien zu räumen; denn England habe rechtlich keinen Anspruch auf dieses Land. Der Völkerbund allein könne ein Recht darauf in Anspruch nehmen. Asquith schlug vor, die beantragten Kredite um eine Million Pfund Sterling zu reduzieren. Lord Brinton befürchtete, die Räumung Mesopotamien könne bedeuten, daß das Land den Bolschewisten und den Kurden preisgegeben würde. Trotzdem glaube er, den Rückzug der indischen und britischen Truppen verlangen zu müssen, die aber dann durch Eingeborene zu ersetzen sein würden. Lloyd George kritisierte den Antrag Asquiths und erklärte, daß die britische Regierung in Mesopotamien den November 1918 gemachten Vorschlägen entspräche. Es bestehe heute die Ansicht, daß das Objekt Mesopotamien einbezogen werden müsse, um die Grenzen Mesopotamiens zweckmäßig zu verbessern. England habe Vrecht ein moralisches Recht auf Mesopotamien. Die Regierung habe Sir Leopold Wellington gegeben, die Einsichten der arabischen Volksführer bezüglich der vorgeschlagenen Regierung einzubohren. Wenn die neue Regierung gebildet sein würde, würden auch die Kosten der britischen Streitkräfte verringert werden können. Der Antrag Asquiths wurde schließlich mit 285 gegen 50 Stimmen abgelehnt.

### Hindenburg.

Das Jahr 1917 brachte die Vertreibung der Front im Osten durch den Rückzug in die Siegfriedstellung. Die Rückzug hatte Angriffe auch an den anderen Fronten herbeigeführt, die zunächst nur um die Verteidigung. Die Alliierten des Generalobersten von Conrad, in Italien zum Angriff überzugehen und der Bulgaren gegen Saloniki vorzustoßen, mußten zurückgewiesen werden. Auch die Türken mußten sich in Palästina, Mesopotamien und Armenien auf die Verteidigung beschränken. — Die Schwierigkeiten im Innern blühten sich. Es fehlte ein wirtschaftlicher Generalfeld. Da sollte durch das Gesetz über den „Materialmäßigen Hilfsdienst“ und durch die Hochrechnungen des sogenannten „Hindenburg-Programms“ Abhilfe geschaffen werden. Aber es fehlte eine gemeinsame Zentralbehörde, die den Maßnahmen der Notlage genügend konnte. Besondere Liebe wachte Hindenburg der Frage der Kriegsergebnisse zu.

Als dem Großadmiral Tirpitz war Hindenburg schon im Winter 1914/15 darin einig, daß unsere Flotte so stark als möglich, wenn auch auf die Gefahr schwerer Opfer hin, zum Angriff voranzutreiben müsse, um insbesondere durch englische Streitkräfte aus Mutterland zu binden, und er bedauerte, daß erst 1916 die große Seeschlacht im Ozean stattgefunden wurde. Ein deutscher Seekrieg im Jahr 1914 oder 1915 hätte dem ganzen Krieg eine andere Wendung gegeben. Die Aufopferung der Flotte, um sie bei Friedensverhandlungen in die Waagschale zu werfen, hat, wie wir jetzt wissen, nur nach Scapa Flow geführt. Aber im Jahre 1917 konnte die Verteidigung des Krieges zunächst nur vom uneingeschränkten U-Bootkrieg erhofft werden. Im Jahre 1916 hatte sich Hindenburg seinem Vorgesetzten gegenüber, weil wir in der damaligen hochgespannten Lage keinen neuen Gegner, Amerika, auf uns ziehen durften. Seit heute ist die allgemeine Lage natürlich durch die Niederwerfung Rumäniens und die Schwächung Russlands so günstig verändert, daß der Kaiser gegen Anfang des Jahres 1917 von Bethmann auf Vorschlag des Admirals und des Generalobersten am 2. Januar 1917 die bejahende Entscheidung gab. Die Gründe dafür sind in übermütiger Weise S. 233 dargestellt. Der Erfolg übertraf im ersten Halbjahre alle Berechnungen. Man konnte erwarten, daß unsere europäischen Feinde zum Frieden gezwungen werden, ehe die amerikanische Hilfe wirksam werden konnte.

Dazu kam der Einsturz des Zarentums. Nun wollte die Möglichkeit, alle brauchbaren Kampftruppen von Osten nach dem Westen zu werfen und Frankreichs und Englands Kräfte zu brechen, ehe der Retter aus Amerika erschien. Aber die Entente trieb Kerenskijs Regierung zu den größten Unratungen, die auch in Ostgalizien anfänglich großen Erfolg hatten. Jedoch der deutsche Gegenstoß, der am 19. Juli einsetzte, war die russische Kampftruppe nieder. Nachher gelang der deutsche Angriff auf Riga und Döbel. Petrowsburg schien in Gefahr zu geraten. Doch mehr! Am 24. Oktober beginnt in Italien der Angriff bei Tolmein, der in wenigen Wochen die Italiener hinter die Piave zurückwarf. Aber selber blieb auch hier der Sieg unvollendet. Und in Italien scheiterte die Absicht, den General von Falkenhayn mit einer Armee zur Wiedereroberung von Bagdad zu senden, an dem Verlust der türkischen Truppenkörper und an der Schwäche der Front in Palästina, wo Jerusalem im Dezember verloren ging.

Indessen nahnte der Krieg im Osten seinem Ende. Am 15. Dezember 1917 trat der Waffenstillstand an der russischen Front ein, der nach langem Schwermühen, die von den russischen Unverwundbaren, vor allem von Trotski, durch wilde Agitation gestiftet in die Länge gezogen wurden, endlich im März zum Frieden von Brest-Litowsk führte, dem der Friede von Bukarest notwendig folgte. Der Widerstand der Sowjetregierung, die nicht ernstlich Frieden schloßen, sondern die Zustände im Osten in der Schwere halten wollte, hatte einen weiteren Vormarsch ins Innere Russlands und der Ukraine notwendig gemacht. Die Abtrennung der Randstaaten vom Zarentum war für Hindenburg in erster Linie ein militärischer Gewinn. Vom politischen Gesichtspunkt aus begründete er die Befreiung der baltischen Provinzen, weil annehmen war, daß von jetzt ab das Deutschland sich dort freier entwickeln und eine ausgedehnte Befreiung seiner Gebiete eintreten könnte. Auch die Unterwerfung des russischen Befreiungskampfes hatte eine große militärische und politische Bedeutung.

So war jetzt endlich im Frühjahr 1918 die Grundlage für den Entscheidungsschlacht im Westen geschaffen, den Hindenburg gegen sich drei Jahre vorher nach einem entscheidenden Siege an der Ostfront begonnen hätte. Aber die Lage war nicht mehr dieselbe wie damals. Jetzt gelang es noch, die militärische Überlegenheit für die Große Schlacht in Frankreich, den sogenannten „Richelieu-Angriff“, herzustellen. Wenn die allgemeine politische Lage und die innere Lage in den Verbundstaaten, die Befreiung der Verbundstaaten war vollständig verändert. Der Generalfeldmarschall schloß die inneren Zustände in diesem Reichskrieg mit einer politischen Klarheit, die eines Bismarck würdig ist. In der Türkei steht die Forderung der humanen Streitkräfte mehr als die Geschlechtsverhältnisse an der Oberhand. In Bulgarien wird die Armee und das Volk durch heftiges Parteigetriebe und feindliche Propaganda, auch amerikanisches Geld erreicht. In Oesterreich-Ungarn lockerte sich mehr und mehr der staatliche Zusammenhalt. Die Friedensbestrebungen wuchern unauflöslich. Der russische Aufstand wickelt anstehend, besonders auf die baltischen Küsten der Doppelmonarchie.

In Deutschland hatte der Gegenstand zwischen der Hercegovina und der Reichsregierung schon dazu geführt, daß Hindenburg und der Reichsfeldmarschall von Bethmann gleichzeitig im Juli 1917 die Abdankung eintrugen; der Kaiser hielt den General-Hindenburg fest, aber der Kaiser wurde durch Michaelis, bald darauf durch den Grafen Hertling ersetzt. Diefem soll Hindenburg große Anerkennung. Aber er sah, daß der politische Burgfrieden zwischen den Parteien aufgehört hatte, daß eine linksgerichtete Mehrheit den Ausschlag gab. Diese Mehrheit hatte am 19. Juli 1917 die bekannte Entschließung zugunsten eines Friedens der Versöhnung und Verständigung angenommen, während alle Feinde nach Fortsetzung des Kampfes bis zum Sieg, bis zur Vernichtung der Verbündeten hielten. Schlimmer noch war die innere Verbundenheit des deutschen Volkes, die Verbundenheit der politischen Parteien, die Gleichgültigkeit der Massen gegenüber den höchsten militärischen und politischen Aufgaben, die Forderung durch revolutionäre Umtriebe und durch die ungenannte Propaganda der Feinde, und jedes Gift, das in der Heimat wirkte, wurde durch die Unruhen und den immer schlechter werdenden Erfolg in die Gassen und an die Front getragen. Vereinfachung der Seelen war das Ziel, der Zusammenbruch des Vertrauens die Wirkung der feindlichen Propaganda. Humanität und Pazifismus waren die Bekämpfungsmittel, mit denen die demokratischen Verfechter des Friedens die Varnhaftigkeit der bismarckischen Väter schwächen, während in England und Frankreich, wo Wood George und Clemenceau unumschränkt herrschten, jeder als Vordenker der Friedenspolitik wurde, der während des Krieges von Feinden zu reden wagte.

Hindenburgs Lebenserinnerungen sind in dem bekannten Leipziger Verlag von E. Pöhlmann erschienen (nicht fälschlich, wie gefehlt der Druckfehler behauptet).

**Der Boykott gegen Ungarn.**

Budapest, 24. Juni. (W. B.) In der Nationalversammlung erklärte der Oppositionelle Gombocz zum Boykott, es gebe niemanden, der nicht Verständnis für die schwierige Lage der Arbeiterchaft habe, doch müsse die Arbeiterchaft sich auf nationale Grundgedanken stellen. Die von der sozialdemokratischen Arbeiterchaft Österreichs durchgeführte Sperraktion erschreckt Ungarn nicht. Sie verneine die ganze Bevölkerung in der festen Entschlossenheit, das deutsche und nationale Ungarn aufzubauen. Der Redner forderte, daß die Regierung bei den vorgeschrittenen Schritten unternehme, damit der vom österreichischen Staat über dessen Regierung gegen Ungarn durchgeführte Boykott aufgehoben wird.

**Die Kämpfe zwischen Polen und Ausland.**

Warschau, 24. Juni. Nach einem Telegramm aus Warschau besagt der polnische Generalstab: An der Nordfront machten wir nach hartnäckigen Kämpfen zwischen Düna und Berezina mehrere Fortschritte. An der Westfront sprengten unsere Truppen durch mehrere tollkühne Ausfälle über den Fluß nach Osten drei bolschewistische Brigaden auseinander. Ein solches Kavallerieunternehmen ging zu uns über. In der Pripiet-Wandung dauerten die Kämpfe mit Erfolg für die Polen fort. In der Ukraine schlugen unsere Truppen die 4. feindl. Reiterdivision. Wir nahmen einen ganzen Divisionsstab und 600 Soldaten gefangen und erbeuteten zahlreiche Kanonen und 800 Bogen. Nördlich des Dnjester vertrieben ukrainische Abteilungen die Bolschewisten aus einem großen Gebiet und erbeuteten dabei große Mengen Kriegsmaterial.

**Abgabe an den Bolschewismus.**

Amsterdam, 24. Juni. (W. B.) Der Berichterstatter der „Times“ in Stockholm hatte eine Unterredung mit Frau Snouden und Dr. Gueff, zwei Mitgliedern der englischen Arbeiterdelegation, die sich nach ihrem Besuch in Russland auf der Rückreise nach England befinden. Frau Snouden erklärte, ich komme mit der festen Überzeugung, daß wir hier vom Bolschewismus nichts zu lernen und durch ihn nichts zu gewinnen haben. England ist ein sehr konserwatives Land. Der Arbeiter hat dort bessere Aussichten, als er jemals in Russland unter den Bolschewisten erlangen wird.

**Der Streit um den Lohnabzug.**

Nach § 45 des Einkommensteuergesetzes hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten. Als Arbeitslohn gelten nach § 5 des Gesetzes außer dem Lohn auch Natural- und sonstige Sachbezüge. Der Wert dieser Bezüge ist gemäß § 37 des Gesetzes nach den ortsüblichen Mittelpreisen anzusetzen. Um diesen Korrekturen gerecht zu werden, schreiben die Ausführungsbestimmungen vor, daß, soweit nicht in Kollektivvereinbarungen getroffen werden, die von den jeweils zuständigen Versicherungsämtern aufgrund

der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Dispreise maßgebend sein sollen. Man hat es sich aber herausgestellt, daß die Versicherungsämter den außerordentlich schwankenden Preisen der Lebensmittel nicht überall und nicht gleichmäßig gefolgt sind, so daß die aus den tatsächlichen Preisen dieser Waren große, fast nicht gerechtfertigte Unterschiede aufweisen. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung erfordert es, daß für die Bewertung der Natural- und sonstigen Sachbezüge einheitliche Grundsätze aufgestellt werden.

Der Reichsfinanzminister entschloß sich daher zu der Anordnung, daß bei dem Steuerabzug von dem Arbeitslohn, der bekanntlich am 25. ds. Mts. in Kraft tritt, die Natural- und sonstigen Sachbezüge nicht in Anrechnung kommen sollen. Die Abrechnung dieser Bezüge soll vielmehr erst am 1. August und zwar mit Wirkung von diesem Tage ab in Kraft treten. Wo also der Gehaltslohn des Arbeiters gleichzeitig aus Barlohn und Naturalbezug besteht, wird der Abzug bis zum 1. August lediglich vom Barlohn und erst von diesem Tage ab vom Naturallohn vorgenommen.

m. Köln, 24. Juni. (Priv.-Tel.) Bekanntlich soll mit dem morgigen Tage ein Steuerabzug vom Arbeitslohn durch den Arbeitgeber erfolgen. Gegen diese Regierungsmaßnahme macht sich eine wachsende Opposition unter den Industriearbeitern bemerkbar, die auch die Vergleiche zu erfassen droht. In mehreren Arbeitgeberversammlungen wurde bereits für einen Streik Stimmung gemacht. In zahlreichen Kölner Betrieben gibt der bevorstehende Steuerabzug Veranlassung zu Protestaktionen, die vielfach zur Forderung des Generalstreiks dienen. Die Gewerkschaftsführer und Angestellten und Arbeiter warnen aber vor einem solchen Generalstreik.

**Badischer Landtag.**

54. Öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 24. Juni. (Priv.-Tel.) Der Präsident Raiser (Heidelberg) eröffnete um 8 1/2 Uhr die Sitzung. Das Haus leitete die Beratung des Staatsvoranschlags für 1920 Hauptabteilung Ministerium des Unterrichts und Kultus fort.

Hg. Dr. Feser: Hg. Straub hat in seiner ersten Rede die mögliche Sparmaßnahme auf dem Gebiete des Hochschulbudgets erhoben. Wir alle werden mit ihm darin einig sein. Der Redner kam dann auf die Judenfrage zu sprechen.

Hg. Karl (D. R.). Dem Hg. Feser möchte ich erwidern, daß ich nicht gerade habe, die Juden wollen keine Deutschen sein, sondern ich habe gerade das Gegenteil gefast.

Hg. Hollermann (Dem.): Als Christlicher und als Bismarckianer kann ich kein Antisemit sein.

Hg. Marx (Soz.) trat ein für die moderne Kunst und bekannte sich zu seiner jüdischen Abstammung. Er führte u. a. aus: Die Juden, die jetzt aus dem Osten kommen, seien deutsche Rückwanderer, sie seien vor 5 Jahrhunderten aus Deutschland ausgewandert und hätten ihre Sprache verloren.

Hg. Straub (Zent.): Wir danken dem Minister, daß er für die Bekämpfung der Juden eintritt. Die vorerwähnte Erklärung ist heute notwendiger als je.

Hg. Marie Scholz (Dem.): Der jüdische Nationalismus laßt vom deutschen Vaterlande nicht ab und man muß zwischen dem religiösen und politischen Judentum einen Unterschied machen. Den politischen Judentum muß man verwerfen.

Hg. Dr. Kraus (Soz.) verteidigt nochmals den Antrag Königbergers.

Hg. Maxa Siebert (Zent.): Die Kunst, die der Abgeordnete Dr. Raiser kritisiert hat, ist keine Kunst, sie sind der Seele feindlich. Daran ist die allgemeine Beratung geschlossen. Es kamen persönliche Bemerkungen, bei dieser Gelegenheit erhielt Hg. Marx wegen eines Zwischenrufes einen Ordnungsstraf. Dann vertagte sich das Haus um 12 Uhr. Nächste Sitzung am Freitag vormittag 10 1/2 Uhr. Tagesordnung Schluß der heutigen Aussprache.

**Der Zusammentritt des Reichstags.**

Berlin, 24. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Bei vollzogenen Vorbereitungen beginnt die erste Versammlung des neuen Reichstages heute pünktlich 1/4 nach 3 Uhr. Die neuen Reichsboien sind überraschend vollzählig zur Stelle. Der Saal erweist sich immer noch als zu klein für die Fülle der neuen Gesichter.

Eine Anzahl hat keinen Sitz und muß sich mit einem Stuhlplatz an der Wand begnügen. Die Regierungsbank ist leer, der neue Reichstagsler ist nicht anwesend. Später stellt sich Herr Koch ein. Der Reichstagspräsident, Herr Schneidermeier Rietel, ein Reichstagskandidat aus Drauschnig übernahm trotz seiner 77 Jahre die Leitung dieser ersten Sitzung. Er wählte sich ein provisorisches Büro und dann beginnt der Namensaufruf. Damit dürfte die Aufgabe der heutigen Sitzung erledigt sein. Herr Erzberger ist — wie sich aus dem Namensaufruf ergibt, nicht erschienen, dafür hat

in den Reihen der Rechten kein siegreicher Feind Hilfe reich Platz genommen.

Weitere Verhandlungen über die Befreiung der Arbeit. Berlin, 24. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber die Befreiung der Arbeit wird nach immer verhandelt. Die Sozialdemokraten sind zum Einlenken bereit, wollen aber nur gegen ein von den Unabhängigen beantragtes Abstimmen stimmen. Das halten die Demokraten nicht für ausreichend, ebenso wie sie sich mit der Zustimmung zu der Auswärtigen Politik der Regierung nicht begnügen mögen. Aber nach wie vor nimmt man an, daß die Schwierigkeiten beizulegen sein werden.

**Letzte Meldungen.**

Höhere Zulage an Renten aus der Invaliden- u. Rentenversicherung. Karlsruhe, 24. Juni. (Priv.-Tel.) Vom 1. Juli 1920 ab erhlten die Empfänger einer Invaliden-, Kranken- oder Altersrente eine monatliche Zulage von M. 20 (bisher M. 20). Die Empfänger einer Witwen- und Wrtnerrente eine solche von M. 15 (bisher M. 10). Uuherdem erhlten die Empfänger einer Wrtnerrente, sofern ihnen nicht auf Grund des Reichsversicherungsgesetzes eine Militrrentenrente bewilligt ist, eine Zulage von M. 10 monatlich. Der Empfang der Zulage ist wie bisher auf der Rentenauszahlung mit zu beschreiben. Für die kriegsbeschädigten Rentenempfänger, welche eine Militrrente von über 65% Proz. beziehen sowie für die Kreisrenten sind besondere Bestimmungen getroffen. Diese erhalten ihre bisherige Zulage von 20 oder 10 Mark monatlich noch bis 31. Dezember 1920 bezhlt. Höhere Mittelsummen hierüber wird diesen Rentenempfängern in den nächsten Tagen durch den Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe zugehen.

**Die Typhusgefahr in Polen.**

Warschau, 24. Juni. Genes. Der Vlterbund fordert in einer an Kurfürst alle Länder der Welt auf, Gelmittel zur Bekämpfung der Typhusgefahr in Polen und seinen Nachbarländern zur Verfügung zu stellen. Die britische Regierung bewilligte sofort einen Betrag von 50000 Pfund Sterling unter der Bedingung, daß alle anderen Länder ebenso hohe Summen aufbringen wrdren.

**Aus der Haft entlassen.**

Mainz, 24. Juni. (W. B.) Mit die blssige Volkszeitung weichen, wurde der erstbeste Arbeitersekretär Karl Grbner nach Stellung einer Kaution aus der Haft entlassen.

Wiesbaden, 24. Juni. (W. B.) Nach der bereits mitgeteilten Entlassung des Arbeitersekretrs Grbner wurde nunmehr auch der Direktor Abbat, der bekannte Führer und Gründer der Heimkultur, aus der Haft entlassen.

Rotterdam, 24. Juni. (W. B.) Nach einer Meldung des Eastern Service aus Tokio haben die russischen Gegenrevolutionre unter Semenov die bolschewistischen Truppen südlich von Lodsch geschlagen. Der Oberbefehlshaber Japponow wurde getötet.

**Neueste Drahtberichte.**

Lederindustrie, Schuhhandel und heutige Preislage. Frankfurt, 24. Juni. (Draht.) Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter der Verbände der Lederindustrie, der Schuhindustrie, des Schuhgroßhandels und des Schuhkleinhandels hlten bezüglich der Berechnung der Schuhpreise in einer gestern in der hiesigen Handelskammer abgehaltenen gemeinsamen Beratung folgenden Beschluß:

Um die gegenwärtige Geschftsstockung und die dadurch verursachte Stilllegung und Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben der Leder- und Schuhindustrie zu beheben, erklären die in Frankfurt a. M. anwesenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter der Lederindustrie, der Schuhindustrie, des Schuhwacherhandwerks, des Schuhgroßhandels und des Schuhkleinhandels nach eingehender Aussprache als ihrer Ueberzeugung, daß der heutige Verkaufspreis von Schuhwaren sich auf den gegenwärtigen Häute- und Lederpreisen aufbauen muß unter Berücksichtigung eines den heutigen Verhältnissen entsprechenden bescheidenen Zuschlags für Unkosten und Gewinn. Sie sind ferner der Ansicht, daß die Preise für die in den Lederherstellungsbetrieben, Schuhfabriken und Schuhlden vorhandenen teureren Bestnde ohne Rücksicht auf die entstehenden Verluste ebenfalls auf vorstehender Grundlage errechnet werden sollen.

Berlin, 24. Juni. (Eig. Draht.) Die Verhandlungen des Vereins süddeutscher Baumwollindustriellen mit den Abnehmern behufs Einführung eines deutschen Baumwoll-Jahreskontraktes sind zum Abschluß gelangt.

**Der Mann mit den sieben Masken.**

Roman von Erich Wulffen.

(Nachdruck verboten.)

**Erstes Kapitel.**

Der von südlichen Kosaken unplanzt Koffuthplatz mit dem Denkmal des Freiheitshelden lag in heller Maiensonne: An der Offseite glänzte die fnfstufige weiße Basilika mit hoher Kuppel, deren Inneres Altarbild und Fresken von Gold schmdten, während im Süden, am Eingange der belebten SchsenstraÙe, das erste Hotel der Komitatshauptstadt, die im modernen Geschnack erbaute „Hungaria“, lag. Gegenüber erhob sich das schon ältere Komitatshaus mit dem angebauten neueren Flgel, der die Dienstzimmer der ersten Beamten enthielt. Der groÙe Beratungssaal befand sich im älteren Gebudeeteil.

Aus dem Portale des Anbaues traten im Gespräche einige Herren; den Lormweg des alten Hauses verliehen aus Männern und Frauen gemischte Gruppen, die sich auf der StraÙe allmählich auflösten. Die allmonatliche Sitzung des Verwaltungsausschusses im Komitate hatte soeben geendet.

Der Oberpräsident Talaq und der Finanzdirektor von Dobo, zwei Herren in mittleren Jahren, kamen berlein, der langen und heißen Beratung eine Nachsitzung in der „Hungaria“ folgen zu lassen.

Die übrigen Herren shlich grhend, entfernte sich mit einigen Schritten der Obernotar von Salmal, der in seiner Aktenuappe die Protokolle und sonstigen Unterlagen für die Beschlüsse und Berichte mit sich führte, die er zu entwerfen hatte.

Auch der behäbige Schulinspektor Komiloff, der Vater der beiden stdtbekanntesten Schönheiten, ging allein und groÙtchtig nach Hause.

Aus einer Gruppe der Zuhörer zeigte ein älterer Mann von nicht besonders vertrauenswürdigem uÙeren ein seinen ersten schlanken Herrn, der sich schweigend und etwas frnlich vom Oberstuhlrichter Horwath verabschiedete.

„Dem haben sie's heute tüchtig gegeben!“ erklärte der fragwürdige Alte. Danach setzte er, lebhaft gestikulierend, den Umständen den Sachverhalt auseinander.

Der schlank Herr mit gltttem schwarzen Haar und schwarzem Schnurrbart war der Staatsanwalt Patata.

Er hatte heute einen schwarzen Stand gehut. Zwei Strohhutzeuge, ein junges Mädchen und ein alter Mann, hatten bei ihm nengeblck aber die Beobachtung, die das Auf-

sichtspersonal sich herausnahm, Beschwerde geführt und deshalb sich an die Gefängnis-Kommission gewendet, die der Verwaltungsausschuß erkannt hatte.

Der Berichterstatter der Kommission hatte in der heutigen Sitzung befwortet, die Beschwerden für begründet anzusehen, und der Ausschuß beschloÙen, daß der Staatsanwalt an den Justizminister zu berichten habe.

In dem geschmackvoll ausgestatteten Empfangszimmer des Obergespannes Grafen Bathanyan verabschiedete sich soeben der kleine und bide Vizegespan Boncza unter lebhaften Verbeugungen.

„Wie uns fremde Staatsverwaltungen, die sich allweife dünken“, sagte er wichtig, „um unsere Municipalverwaltung beneiden solien! Wo in Europa hat die Selbstverwaltung ein so wirksames Organ, um die berechtigten Wünsche der Bürger unmittelbar zur Kenntnis der obersten Behörden zu bringen?“

„Und zugleich der Regierung“, fiel der Obergespan zwar mit gutmutigem Lächeln, aber doch mit Nachdruck ein, „eine erhöhte Möglichkeit zu bieten, die Selbstverwaltung zu überwachen, in gewisser Hinsicht auszusprechen und vielleicht gar zu beeinflussen.“

Graf Bathanyan brach ab und bedeutete dem Vizegespan mit einer Handbewegung, daß die Aussprache für heute beendet sei. Boncza unterdrückte auch den Versuch, nochmals zu Worte zu kommen, und machte an der schon geöffneten Türe seine letzte Verbeugung.

Graf Josian Bathanyan war der reichste Großgrundbesitzer im Komitat und stand schon seit dreißig Jahren an der Spitze der Gespannschaft, die auch sein Vater bereits innegehabt hatte. Sein Schloß lag eine kurze Stunde hinter der Stadt, so daß er die Verwaltungsgeschäfte ohne Schwierigkeit wahrnehmen konnte.

Obwohl er im Ausgange der sechs-ger Jahre stand und ein Augenleiden ihm zu schaffen machte, hatte er doch noch nicht den Wunsch geäuÙert, von seinem Amte zurückzutreten, das er beinahe zur gleichen Zufriedenheit der Regierung wie des Komitates führte.

Der Graf war seit fünf Jahren Witwer, eine gleichfalls verwitwete Aristokratin in mittleren Jahren stand seinem reichen Haushalte vor.

Sein einziger Sohn, der junge Graf Deiber, bielt sich, um die Welt kennenzulernen, seit zwei Jahren im Ausland, zuerst in Paris und seit einigen Monaten in London auf.

Der Obergespan war ein noch rüstiger Herr, der die Anforderungen einer langen Sitzung, wenn er, wie heute, in der

Verhandlungspause ein vorzügliches Frühstück eingenommen hatte, ohne Belagerungen überwand.

Er belah auf einen gewissen amlichen Ehrgeiz und überließ nur ungern den Vorsitz dem Vizegespan, dessen Verwaltungstalent er nicht besonders schtzte.

Eigentlich möchte er noch so lange im Dienst bleiben, bis die sechsjährige Amtszeit des Vize abgelaufen war, und dem Komitate einen anderen geschickten Vertreter zur Wahl stellen. Auch sonst unteulich es Graf Bathanyan nicht, seine Beamten gelegentlich die Macht fühlen zu lassen, die mit seiner Stellung verbunden war. Zwar blieb er im allgemeinen sachlich, auch war er nicht ungerecht. Aber Widerspruch vertrug er nicht, während er seinen eigenen Stimmungen und Lunen nicht immer Hügel anlegte.

Personlich war er eine groÙe stattliche Erscheinung. Sein weiÙes Haar und der weiÙe Schnurrbart verliehen ihm etwas Ehrwrdiges und Wildes. Sein blaues Auge blißte demwilschen oft leuchtend hell. Wenn er bei festlichen Anlässen den Dolman trug, weckte er in seiner Umgebung gelegentlich die Erinnerungen an die ungarischen Heldengestalten der groÙen Zeit.

Der Graf war eben im Begriffe, sich eine Zigarette anzuzünden, als es an der Türe klopfte.

Auf sein lautes „Herrein“ trat Herr von Bespary, ein langaugenloser blonder Mann mit abgelebten Gesichtszügen, beinahe lässig in das Zimmer.

Stephen von Bespary war der jüngste, seit vier Monaten bei der Komitatsbehrde beschäftigte Diurnist.

Früher war er Landwirt gewesen, hatte aber sein ganzes nicht unbedeutliches Vermögen mit lieberlichen Gesellen vererbt und verspielt oder mit Weibern vergeudet. Ein weltlssiger Verwandter erwarnte sich des Vermögens und zahlte ihm eine monatliche Rente von hundert Kronen.

Alsbaldig wachte aber dieser einfuhrreiche Gnner beim Minister des Innern durchzusehen, daß sein Schgling in der Verwaltung als Diurnist angenommen wurde.

Als sich eine Reihe von Oberbeamten aus naheliegenden Gründen gegen den Eindringling ablehnend verhielten, wurde in Budapest ein Nachmittags gefprochen und gerade dem Grafen Bathanyan unweideutig nahegelegt, den verarmten ungarischen Edelmann anzunehmen.

Der alte Herr dachte zwar etwas eigenmächtig über diese Gutsbefehung des ihm beschränkten Ministers, stellte aber aus Menschenfreundlichkeit und Stolzgefhl den fnfund-dreißigjährigen als Diurnisten ein.

(Fortsetzung folgt)

Aus Stadt und Land.

Obstpreise.

Die Antwort der Regierung auf die Eingabe des Mannheimer Hausfrauenbundes.

In vorletzter Nummer wurde bereits telegraphisch mitgeteilt, daß das Ministerium des Innern dem Mannheimer Hausfrauenbund auf seinen Antrag, von Regierungsseite die Bestimmung der Kirchengeldpreise einzugreifen, ausführlich geantwortet hat.

Am 1. Juni 1919 war zunächst nach Beratung mit Vertretern der Erzeuger, der Verbraucher, des Handels und nach Erörterung mit dem parlamentarischen Ernährungsausschuß vom Ministerium des Innern angeordnet worden, daß der Austausch von Waren sowie der wichtigsten übrigen Höchstpreislagen (mit Ausnahme des Beerenobstes) nur durch die Geschäftsstelle der badischen Obsterverwertung in Karlsruhe erfolgen dürfte.

Die nunmehr getroffene Freiheit des Handels und des Verkehrs mit Obst führt jedoch weiter dahin, daß schon nach wenigen Wochen, und zwar zunächst hauptsächlich bei den Spätsorten, zu herkömmlichen Preissteigerungen eintritt.

Die Eisenbahnorganisationen in einer ganzen Anzahl überabstimmter Gemeinden weigerten sich, Obst zu transportieren, bis durch Einsetzung von Höchstpreisen der unrentable Preisverkehr ein Ende bereitet würde.

Hieraus ist ohne weiteres ersichtlich, daß es nicht möglich ist, die Frage der Obstversorgung eine irgendwie geartete Regelung zu treffen, die den Wünschen aller Beteiligten gleichermaßen entspricht.

Die Einführung von Höchstpreisen hat sich durchweg als zwecklos erwiesen, da bei starkem Bedarf diese Preise nicht beachtet werden und die Versorgung ihrer Lebensbedürfnisse größtenteils auf dem freien Markt erfolgt.

Es besteht jedoch keine Möglichkeit, in Erfolg verträglich Weise seitens der Regierung die Entwicklung der Obstpreise, insbesondere der Kirchengeldpreise, zu beeinflussen.

Die kirchlichen Preisstellen sind durch den Kauf der Waren unterlassen. Das Ministerium nimmt mit diesen Ausführungen im allgemeinen den Standpunkt ein, den wir in unserem letzten Artikel über die Kirchengeldpreise vertreten haben.

Tarifabkommen im Einzelhandel.

Der Arbeitgeberverband des Einzelhandels E. V. Mannheim, E. 4, 12 (Vörle), die Vereinigung kaufmännischer und technischer Standesgenossen (freie Angestellten-Gewerkschaft), die Mannheim, und die Zentralstelle der Angestelltenverbände in Mannheim haben beantragt, die von ihnen anerkannten Schlichtungsregeln vom 19. Februar und 26. März 1920 zur Ergänzung des allgemeinen verbindlichen Tarifvertrages vom 8. Juni 1919 und des Tarifabkommens vom 4. Dezember 1919 zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der Angestellten im Einzelhandel gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1456) für das bayerische Tarifgebiet gleichfalls für allgemein verbindlich zu erklären.

Frostschaden.

Von der Badischen Landwirtschaftskammer wird uns geschrieben:

Obwohl die Obstgärten schon längst vorüber sind und man mit einer Schädigung durch Frostschnee nach menschlichem Ermessen nicht mehr rechnen darf, sind durch den letzten Temperatursturz in verschiedenen Teilen des Landes ernste Schädigungen der Obstgärten hervorgerufen worden.

Entlassen wurden die Oberjustizsekretäre Ludwig Wohlfahrt bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zum Amtsrichter und Jakob Borsari in dem Amtsgericht Mannheim zur Staatsanwaltschaft Biersfeld, sowie Oberstaatssekretär Josef Konstanzer in Weinheim nach Mainz.

Ueber das Porzellanerges, das die staatliche Porzellanmanufaktur Meissen herstellen will, macht das „Meißner Tageblatt“ nähere Mitteilungen.

Ein französischer Stenograph-Kurs, kommendes Montag Abend eröffnet der Badische Lehrerverband für Stenographie Stoll-Schrey, in der Friedrichstraße, Nähe Redarbrücke, neue Stenographieturle in französischer Stenographie.

Ein Badeertrunkent und gestern nachmittag a) im Rheinhafen der 19 Jahre alte Walter Lorenz Röhner von Freudenberg, Karl Weisheim, b) im Neckar in der Nähe des Boothauses des Rudervereins Amicitia der 21 Jahre alte Adolphe Boemie Deluxich Riech von hier.

Unfälle. Einem 53 Jahre alten verheirateten Jungweibchen von Walldorf sprang in einem Badrauschen selbst ein Eisenstiel so heftig an den linken Unterschenkel, daß er eine heftige Verletzung davontrug und im Anschluss Operation in das Rügen Krankenhaus aufnehmen lassen mußte.

Ein 71. 68. 67. 66. 65. 64. 63. 62. 61. 60. 59. 58. 57. 56. 55. 54. 53. 52. 51. 50. 49. 48. 47. 46. 45. 44. 43. 42. 41. 40. 39. 38. 37. 36. 35. 34. 33. 32. 31. 30. 29. 28. 27. 26. 25. 24. 23. 22. 21. 20. 19. 18. 17. 16. 15. 14. 13. 12. 11. 10. 9. 8. 7. 6. 5. 4. 3. 2. 1.

Ein 71. 68. 67. 66. 65. 64. 63. 62. 61. 60. 59. 58. 57. 56. 55. 54. 53. 52. 51. 50. 49. 48. 47. 46. 45. 44. 43. 42. 41. 40. 39. 38. 37. 36. 35. 34. 33. 32. 31. 30. 29. 28. 27. 26. 25. 24. 23. 22. 21. 20. 19. 18. 17. 16. 15. 14. 13. 12. 11. 10. 9. 8. 7. 6. 5. 4. 3. 2. 1.

Ein 71. 68. 67. 66. 65. 64. 63. 62. 61. 60. 59. 58. 57. 56. 55. 54. 53. 52. 51. 50. 49. 48. 47. 46. 45. 44. 43. 42. 41. 40. 39. 38. 37. 36. 35. 34. 33. 32. 31. 30. 29. 28. 27. 26. 25. 24. 23. 22. 21. 20. 19. 18. 17. 16. 15. 14. 13. 12. 11. 10. 9. 8. 7. 6. 5. 4. 3. 2. 1.

Ein 71. 68. 67. 66. 65. 64. 63. 62. 61. 60. 59. 58. 57. 56. 55. 54. 53. 52. 51. 50. 49. 48. 47. 46. 45. 44. 43. 42. 41. 40. 39. 38. 37. 36. 35. 34. 33. 32. 31. 30. 29. 28. 27. 26. 25. 24. 23. 22. 21. 20. 19. 18. 17. 16. 15. 14. 13. 12. 11. 10. 9. 8. 7. 6. 5. 4. 3. 2. 1.

Ein 71. 68. 67. 66. 65. 64. 63. 62. 61. 60. 59. 58. 57. 56. 55. 54. 53. 52. 51. 50. 49. 48. 47. 46. 45. 44. 43. 42. 41. 40. 39. 38. 37. 36. 35. 34. 33. 32. 31. 30. 29. 28. 27. 26. 25. 24. 23. 22. 21. 20. 19. 18. 17. 16. 15. 14. 13. 12. 11. 10. 9. 8. 7. 6. 5. 4. 3. 2. 1.

Ein 71. 68. 67. 66. 65. 64. 63. 62. 61. 60. 59. 58. 57. 56. 55. 54. 53. 52. 51. 50. 49. 48. 47. 46. 45. 44. 43. 42. 41. 40. 39. 38. 37. 36. 35. 34. 33. 32. 31. 30. 29. 28. 27. 26. 25. 24. 23. 22. 21. 20. 19. 18. 17. 16. 15. 14. 13. 12. 11. 10. 9. 8. 7. 6. 5. 4. 3. 2. 1.

begibt der Ruhegehaltsempfänger und der Hinterbliebenen entsprechend zu erhöhen. Endlich hat der Beamtenauschuss gebeten, bei Bewährung der Bezugszulage einen Unterschied zwischen Bezugs- und Verbehalten nicht mehr zu machen, da ein solcher Unterschied auch bei den Arbeitern nicht mehr besteht.

Sportliche Rundschau.

Überseepost.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Aus Ludwigshafen.

Die städtischen Beamten und Angestellten sind bei der Stadt um Erhöhung der monatlichen Zulage um 200 Mark monatlich ab 1. Mai und die städt. Arbeiter um Erhöhung der Stundenlöhne um durchweg 1 Mk. ebenfalls ab 1. Mai dieses Jahres eingetommen.

Die Kaiserliche Marine hat die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt. Die Besatzung der Kreuzfahrtschiffe für die Fahrt nach Ostafrika bestimmt.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Ueberstunden in der Schifffahrt.

Steigerung der Kohlenförderung nach Süddeutschland.

Mannheim, 24. Juni. Unter dem Vorsitz des Regierungsrates Dr. Bodenstein, des Reichsarbeitsministeriums und unter Teilnahme von Vertretern vom Reichsverkehrsministerium und des badischen Arbeitsministeriums fanden am 23. d. M. im Rathaus zu Mannheim zwischen den Vertretern der an der Rheinschifffahrt beteiligten Arbeitgeber- u. Arbeitnehmer-Organisationen Verhandlungen statt. Gegenstand der Verhandlungen war, wie durch Heranziehung der Schifffahrtskreise eine bessere Kohlenversorgung Süddeutschlands erfolgen könne.

Nach längeren Beratungen schlossen die Vertreter der Organisationen ein Uebereinkommen ab. Hiernach sind die Arbeitnehmer in der Rheinschifffahrt bereit, jeden Tag während der Fahrt zwei Stunden Ueberarbeit zu leisten. Sie erhalten neben dem tariflichen Zuschlag im Monat 4 Pfund Fett zu demselben verbilligten Preise, den die Ruhrbergleute zahlen. Die Einzelheiten der Verteilung des Fettes werden durch eine paritätische Kommission festgesetzt, die sofort zusammentreten und dem Reichsarbeitsministerium entsprechende Vorschläge unterbreiten soll. Die Vereinbarung soll für alle Mitglieder der beiderseitigen Verbände Geltung haben. Soweit für Umschlagarbeiten Ueberarbeit notwendig wird, sollen auch diese Arbeitnehmerkategorien entsprechende Zuwendungen an Fett erhalten. Das Uebereinkommen bedarf nur noch der formellen Zustimmung der beiderseitigen Verbandversammlungen.

Ausbau der Pfalzwerke.

Aufnahme einer Anleihe von 30 Millionen M.

Auf dem Kreistag, der gestern in Speyer zu außerordentlichen Sitzungen zusammentrat, wurden u. a. über den Ausbau der Pfalzwerke und die hierdurch entstehenden Kosten ausführliche Mitteilungen gemacht. Um den geplanten umfangreichen Ausbau der Kraftwerke Homburg und Ludwigshafen durchzuführen, insbesondere auch Mittel zu beschaffen, um etwa weitere 30 Ortstermine zu erstellen, entsteht ein Gesamtbedarf etwa für die nächsten 12 Monate von 38,5 Millionen Mark.

Aus früheren Anleihen sind noch Mittel von etwa 1,25 Millionen Mark zur Verfügung. Für Durchführung des oben skizzierten Bauprogramms sind neue Mittel von etwa 37,25 Mill. Mark notwendig. Diese sollen aufgebracht werden durch Aufnahme einer Anleihe von 30 Millionen Mark und Ausgabe neuer Aktien in Höhe von 7,25 Mill. M. Es muß hierbei darauf aufmerksam gemacht werden, daß, wenn das vorgesehene Bauprogramm innerhalb der in Aussicht genommenen Zeit von etwa 12 Monaten durchgeführt werden kann, schon im nächsten Frühjahr neue Mittel für den weiteren Ausbau des Unternehmens beschafft werden müssen. Zur Deckung der bis jetzt schon entstandenen und noch täglich entstehenden Ausgaben wurde von den Pfalzwerken ein kurzfristig kündbares Darlehen in Höhe von 15 Millionen M. bei der Landwirtschaftsbank in Landau aufgenommen, das aus dem Erlös der 30 Mill. M. Anleihen zurückgezahlt werden soll. Von diesen 15 Mill. M. sind zurzeit etwa 8 Mill. M. bereits verausgabt. Die weiteren Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß der Aufsichtsrat der Pfalzwerke beschlossen hat, den Zuschlag für zunächst 15 Mill. M. einem Bankenkonsortium unter Führung der Pfälzischen Bank zu erteilen und diesem Konsortium das Optionsrecht auf die weiteren 15 Mill. M. einzuräumen.

Die Pfälzische Bank hat sich bereit erklärt, die ersten fünfzehn Millionen Mark zu 99% zu übernehmen. Die weiteren fünfzehn Millionen Mark werden von der Bayerischen Girozentrale München übernommen. Der Kreistag willigte schließlich nach längerer Besprechung darin ein, den Pfalzwerken ein Kreditdarlehen von 30 Mill. M. unter den obigen Bedingungen zu gewähren.

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 24. Juni. (Drabht.) Die Börse gelangte auch heute zu keiner einheitlich ausgeprägten Haltung, doch überwog im allgemeinen Festigkeit, wenn auch die Kaufkraft nur gering war. Petroleumwerte zeigten zeitweilig eine etwas größere Belebung. Deutsche Erdöl-Aktien wurden unter mehrfachen Schwankungen zu 960 bis 970 umgesetzt. Deutsche Petroleum notierten 642-647. Nach dem ersten Kursfestsetzen dieser im freien Verkehr gehandelten Papiere trat auf Gewinnssicherungen Abschwächung ein.

Staus Romana waren fest und lebhaft, 970. Otavi-Minen-Genußscheine blieben weiter gesucht, 640. Otavi-Minen 710, sowie Neu-Guinea mit 620 abgeschwächt. Am Montanaktienmarkt kam es nur vereinzelt zu Kurverbesserungen. Eine bemerkenswerte Ausnahme machten Gelsenkirchener, welche 4% anzogen. Auch der Kurs von Deutsch-Luxemburger hat sich gebessert, und zwar um 2%. Phönix-Bergbau gaben um 4% auf 359 nach. Elektro-Deutsch-Uebersee stellten sich um 17% höher, 700. Zertifikate notierten mit 700 um 2% niedriger. Badische Anilin lagen gut behauptet, 430. Im allgemeinen war dieser Markt stark vernachlässigt. Scheideanstalt notierten mit 505 + 1%. Elektro-Griesheim stellten sich um 2 1/2% höher. Farbwerke Höchst schwächten sich um 2% ab. Zu den wenigen Industriepapieren, welche zur ersten Notiz gelangten, gehörten Adlerwerke Kleyer, welche 3 1/2% verloren. Zellstoff-Waldhof abgeschwächt, 270%. Schifffahrtsaktien schwächten sich mäßig ab. Schantungbahn waren um 1/2% gebessert, 612%. Die Börse blieb weiterhin still. Gute Meinung erhielt sich für Deutsche Erdöl, welche erneut eine Steigerung um 10% auf 980 erzielten. Die Börse schloß gut behauptet. Bei den von Wien abhängigen Werten herrschte eine bessere Haltung. Privatkonto 4% und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 24. Juni. (Drabht.) Das Anziehen der Devisenkurse wirkte bei Beginn des Börsenverkehrs befestigend, wobei Auslandswerte und Kolonialpapiere den größeren Vorteil hatten. Ferner trat in unermindeter Grade wieder die Meinung für Petroleumwerte hervor. Namentlich wurden Deutsche Erdölaktien zu erhöhten Kursen aus dem Markt genommen. Im übrigen war die Haltung unsicher wegen der fortdauernden Unklarheit der inderpolitischen Lage. Die Kursbewegung erbehrte der Einheitslichkeit, hielt sich aber im allgemeinen in engen Grenzen. Eine anscheinliche Steigerung erlitten Felten u. Guilleaume, 12%. Farbwerke setzten niedriger ein, erhielten sich aber im weiteren Verlaufe, wie überhaupt die Stimmung dann ein freundliches Gepräge erhielt. Von Schifffahrtsaktien hatten Argo einen Gewinn von 55% zu verzeichnen. Der Anlagemarkt gab auch heute zu keinen besonderen Bemerkungen Anlaß.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 24. Juni. (Drabht.) Gestern nachmittags wurde Hafer zu niedrigeren Preisen umgesetzt. Heute beobachteten die Verkäufer mehr Zurückhaltung, aber auch die Käufer zeigten wenig Unternehmungslust, so daß Abschlüsse vereinzelt blieben. Von Hülsenfrüchten wurden keine Qualitäten, namentlich von Erbsen, gekauft. Peinischeln waren mehr gefragt. Weizen wurde in guter Saatware über Notiz bezahlt. Von Lupinen war für Futtermittel stark abgekauft, während gute blaue und keine gelbe Sorten etwas gefragt waren. Seradelle war sehr still. Heu war in neuer, guter Ware für Süddeutschland zu zirka 15 M. begehrt. Stroh war gut abgekauft.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Lage am Ruhrfrachtenmarkt.

Duisburg-Ruhrort, 24. Juni. Man schreibt uns: Das Ende Mai beginnende Steigen des Wassers setzte sich im ersten Drittel des Monats Juni weiter fort. Der Rhein erreichte am 5. Juni einen Stand von 3.10 m am Couber Pegel gegen 3.06 m am 1. Juni. Von da ab ging das Wasser wieder etwas zurück und fiel nach und nach auf 2.75 m am 21. Juni. Die augenblickliche Wasserführung ist jedoch noch so günstig, daß auch die größeren Kähne gut ausgenutzt werden können.

Gegenüber der zweiten Hälfte des Monats Mai hat sich im Verlaufe des Monats Juni die Wagenstellung etwas gebessert. Es konnten im Juni durchschnittlich 2000 Wagen täglich gestellt werden. Fehlziffern waren nur in geringfügigen Ausnahmefällen zu verzeichnen. Die Leistungen an den Kippwagen haben sich gegenüber dem Mai ebenfalls, wenn auch nicht sehr wesentlich, gebessert. Die durchschnittlichen 28-30000 Tonnen arbeitsfähig waren im Juni in Hinblick auf die Kohlenversorgung Süddeutschlands haben sich die Schifffahrtsbetriebe ebenfalls, soviel Kabinraum wie möglich für die Kohlentransporte ab der Ruhr zur Verfügung zu stellen. Für die Kohlenförderung entsprechend gesteigert werden kann, wird aus diesem Grunde mit einer Steigerung der Kabinleistungen für die kommenden Wochen zu rechnen sein.

Die Tagesmietesätze werden nach wie vor mit 60 ct für Ladungen ab Ruhrhäfen und mit 88 ct ab Rheinmündung Kanak notiert. Der Schlepplohn wird mit 34-36 ct notiert. Die Nachfrage nach Kabinraum ist reger. Am Rottemmer Frachtenmarkt ist das Geschäft still. Es werden 5 ct pro Tag und Tonne bezahlt.

„Demerag“ Donau-Main-Rhein-Schiffahrts-A.-G. in Nürnberg. Das Geschäftsjahr 1919 schließt mit einer Unterbilanz von 500.000 M. ab. In dem Geschäftsbericht führt

der Vorstand dazu aus: Gemäß der vorliegenden Bilanz beliefen sich die Gesamtergebnisse auf 2.658.559 M. dagegen erreichten die Gesamtaufwendungen einschließlich 501.672 M. für Abschreibungen 2.156.887 M. Der sich hieraus ergebende Ueberschuß von 501.672 M. wird jedoch durch notwendige Rückstellungen im Betrage von 1.049.494 M. aufgezehrt, sodaß sich schließlich ein Verlust von 547.822 M. ergibt. Zu den Rückstellungen bemerken wir: 1. 110.000 M. für Steuern 1919; 2. 40.000 M. für einen von der Eisenbahnverwaltung verlangten Rücktransport eines Krans, 3. 113.000 M. für Reparaturen an der Lagerhalle, 4. 575.000 M. Kursverlust, 5. 209.494 M. für Prozesse und Prozederkosten. Die Generalversammlung findet am 24. Juni in Nürnberg statt. Wie wir noch erfahren, haben in der letzten außerordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft Bürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg und Geheimrat Ritter von Weiß-München die Wahl zu Aufsichtsräten der Gesellschaft abgelehnt.

Verboten in der Frachtratenbewegung. Die Frachtraten in der Ozeanschifffahrt zeigen, wie aus London gemeldet wird, die Tendenz zum Niedergang. Wie die „Daily Mail“ schreibt, suchen viele Reedere, namentlich norwegische Gesellschaften, ihre an englische Verfrachter vergebenen Bankkontrakte rückgängig zu machen.

Deutsches Silber für Holland. Nach englischen Meldungen hat die deutsche Regierung soeben bei holländischen Banken 6000 kg Silber hinterlegt. Deutsche Privatbanken haben Silber im Werte von 15 Millionen auf einer holländischen Bank deponiert.

5%ige Anleihe der Maschinenbauanstalt Humboldt-Köln-Kalk. Die Commerz- und Disconto-Bank hat gemeinsam mit anderen Banken 8 Mill. M. neue 5%ige Obligationen der Gesellschaft übernommen, die zu 100% aufgelegt werden. Die Anleihe soll an der Berliner Börse zur Einführung gebracht werden.

Continental-Gesellschaft für elektrische Unternehmungen. Der Dividendenvorschlag für 1919 beträgt 1%.

Schiffsverkehr. Laut Drahtbericht der Holland-Amerika-Linie ist der Dampfer „Noordam“ am 9. Juni von Rotterdam abgefahren und am 21. Juni, vormittags, in New York angekommen. Umgekehrt ist der Dampfer „Rotterdam“ am 10. Juni von New York abgefahren und am 21. Juni, vormittags, in Rotterdam angekommen.

Waren und Märkte.

Berliner Häuteauktion. Berlin, 23. Juni. Der zweite Tag der Berliner Versteigerung brachte folgende Preise: Leichte Kalbfelle ohne Kopf 9,50-12 M., schwere Kalbfelle ohne Kopf 9,50-12 M., leichte mit Kopf 8,50 bis 11,50 M., schwere mit Kopf 11,10 M. Rohhäute erzielten bis 250 M. pro Stück.

Lage und Zukunftsaussichten am Häutemarkt. Hierbei wird uns mitgeteilt: Für Großviehhäute hat sich eine gewisse Befestigung gezeigt, sodaß es zu recht nennenswerten Umsätzen kam. In Fachkreisen ist man allgemein der Ansicht, daß die Preise sich auf der heutigen Höhe, wenn auch noch nach Schwankungen, befestigen werden. Auch größere Fabrikanten haben wieder Aufträge zum Kauf gegeben. In Kleintierfellen ist die Marktlage noch immer sehr flau, sodaß der Markt für Kalb-, Ziegen- und Schaffelle usw. weiter sehr ruhig lag. Der enorme Preissturz hat es wohl auch mit sich gebracht, daß diejenigen Elemente, die nur während der Hauszeit sich mit dem Einkauf von Häuten und Fellen beschäftigten, verschwunden sind und hoffentlich für immer dem Häutehandel fern bleiben.

Während der Reisezeit ist der Mannheimer General-Anzeiger erhältlich. In Heidelberg: Bismarckplatz (Kiosch), Baden-Baden: Sofienstraße 13, Kiosch am Kurhaufe. Außerdem findet man denselben regelmäßig in nachstehenden Bahnhofs-Buchhandlungen: Mannheim Schweigen, Heidelberg Brühl, Karlsruhe Oos, Baden Baden, Offenburger.

Frankfurter Börse. Festverzinsliche Werte. Div. 24. 23. Transport-Aktien. Div. 24. 23. Dividenden-Werte.

Berliner Börse. Festverzinsliche Werte. Div. 24. 23. Dividenden-Werte.

Devisen-Kurse. Für die 100 der Landeswährung in Mark. Berliner Devisen. Frankfurter Devisen. Frankfurter Notenmarkt.



**Amtliche Bekanntmachungen**

**Todesfall.**

Am 12. Juni 1920, abends etwa 8 Uhr starb vor dem Hause T. 6, 20, der etwa 62 Jahre alte Kaufmann Eugen Seibler zu Boden und blieb demnach liegen. Er wurde im Krankenhaus gebadet und hier dort. Jemand, welche den Hofhof beobachtet haben, werden aufgeföhrt, sich bei der Kriminalpolizei oder einer Polizeistation zu melden. 7608

**Der Staatsanwalt 3.**

Sum Handelsregister A wurde heute eingetragen:

- 1. Band II, D.-S. 250, Firma „Philip Ang. Feig“ in Mannheim. Die Firma ist erloschen.
- 2. Band XI, D.-S. 80, Firma „Albert Strauß“ in Mannheim. Die Firma ist erloschen.
- 3. Band XI, D.-S. 90, Firma „Heinrich Wiegmann“ in Mannheim. Georg Wards, Mannheim-Reckart ist als Prokurist bestellt.
- 4. Band XIII, D.-S. 219, Firma „Emma Ellenbamer“ in Mannheim. Der Geschäftszweig ist erweitert auf: Handel mit Herren- und Damenstoffen.

5. Band XIV, D.-S. 6, Firma „Johannes Hald“ in Mannheim. Die Gesellschaft ist mit Wirkung vom 1. Juni 1920 aufgelöst und das Geschäft mit Aktien und Beteiligungen und dem Geschäft der Gesellschaften Frau Gertrud Lwele geb. Hald, Mannheim als alleinige Inhaberin übergegangen, die es unter der bisherigen Firma weiterführt. Gertrud Hald ist jetzt die Ehefrau des Kaufmanns Werner Lwele, Mannheim.

6. Band XV, D.-S. 13, Firma „Mannheimer Herren-Kleider-Reparatur- und Hängel-Anstalt „Doll“ „Rag Hampert“ in Mannheim. Die Firma ist erloschen.

7. Band XV, D.-S. 171, Firma „Wich. Falerhoff-Juristenrat Mannheimer Leber Bandener“ in Mannheim. Die Prokura des Carl Rudolph ist erloschen.

8. Band XV, D.-S. 227, Firma „Gefte Mannheimer Schuh-Kleider- und Hängel-Anstalt „Reform“ „Wag Hampert“ in Mannheim. Die Firma ist erloschen.

9. Band XVI, D.-S. 6, Firma „Herren-Kleider-Reparatur-Reinigungs- und Hängel-Anstalt „Reform“ „Wag Hampert“ in Mannheim. Die Firma ist erloschen.

10. Band XVIII, D.-S. 16, Firma „Hilfenheim-Gesellschaft H. Hirsch & Co.“ in Mannheim. Die Gesellschaft ist mit Wirkung vom 15. Juni 1920 aufgelöst und das Geschäft mit Aktien und Beteiligungen und dem Geschäft der Gesellschaften Karl Hirsch, Kaufmann, Mannheim als alleinigen Inhaber übergegangen, der es unter der bisherigen Firma weiterführt.

11. Band XIX, D.-S. 216, Firma „Walestin Doppel“ in Mannheim. Das Geschäft ist unter Firma von Walestin Doppel, Kaufmann, Mannheim auf Ludwig Doppel, Kaufmann, Mannheim übergegangen, der es unter der bisherigen Firma weiterführt. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäftes begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Gewerbe des Geschäftes durch Ludwig Doppel ausgeführt.

12. Band XIX, D.-S. 221, Firma „Georg Kasperlein & Co.“ in Mannheim. Die Gesellschaft ist mit Wirkung vom 1. März 1920 aufgelöst. Das Geschäft ist mit Aktien und Beteiligungen und dem Geschäft der Gesellschaften Georg Kasperlein, Kaufmann, Odenwald in Tübingen, übergegangen. Einbehold Hentelstein geb. Haele, Odenwald ist Prokurist. Der Geschäftszweig ist: Vertrieb von Glasinstrumenten, Thermometern und einwirklichen Kristallen. Der Ort der Niederlegung ist nach Odenwald in Tübingen.

13. Band XXI, D.-S. 130, Firma „H. Gotthardt & Co.“ in Mannheim, U. 4, 16. Offene Handels-Gesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Juni 1920 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Max Gotthardt, Kaufmann, Mannheim und David Gotthardt, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Großhandel mit Schokolade.

14. Band XXI, D.-S. 131, Firma „König & Rennerhauer“ in Odenwald, Kriegerstr. 11. Offene Handels-Gesellschaft. Die Gesellschaft hat am 15. Juni 1920 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Johann König, Kaufmann, Sandhofen und Julius Rennerhauer, Kaufmann, Sandhofen. Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Zigaretten.

15. Band XXI, D.-S. 132, Firma „Krieger & Krieger“ in Mannheim, S. 6, 30. Offene Handels-Gesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. März 1920 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Wilhelm Krieger, Kaufmann, Mannheim und Max Krieger, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Großhandel mit Herrenstoffen und Herrenkleidern.

16. Band XXI, D.-S. 133, Firma „Witt & Heile“ in Mannheim, T. 6, 30. Offene Handels-Gesellschaft. Die Gesellschaft hat am 6. November 1919 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Stefan Witt, Kaufmann, Wöfen und Kurt Heile, Kaufmann, Mannheim. Der Kurt Heile, Wöfen, ist geb. Heile in Mannheim ist Einzelprokurist. Geschäftszweig: Großhandel mit Tabakfabrikaten.

17. XXI, D.-S. 134 in Fortsetzung von Band X, D.-S. 300, Firma „Fr. August Reibig, Maschinenfabrik“ in Mannheim. Geschäftszweig: Einba in Mannheim ist als Einzelprokurist bestellt.

18. Band III, D.-S. 19, Firma „Roth Schilling“ in Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. 7609

**Sum Handelsregister Band XIV wurde heute eingetragen:**

1. Seite 123: Adolf Weich, Ingenieur und Bild geb. Nisch, Mannheim. Vertrag vom 27. Mai 1920. Erbschaftsgemeinschaft Vorbehaltsvertrag der Frau ist das in § 2 bezeichnete Vermögen, sowie alles, was sie später nach dem Tode des Mannes oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder auf sonst irgend eine Weise erwirbt.

2. Seite 123: Eugen Stoll, Kaufmann und Barbara genannt Bobette geb. Hooger in Mannheim-Reckart. Vertrag vom 28. Mai 1920. Gütertrennung.

3. Seite 124: Johann Höfing, Kaufmann und Marie geb. Schmecher in Mannheim-Reckart. Vertrag vom 28. Mai 1920. Erbschaftsgemeinschaft Vorbehaltsvertrag der Frau ist das in § 2 bezeichnete Vermögen, sowie alles, was sie später nach dem Tode des Mannes oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder auf sonst irgend eine Weise erwirbt.

4. Seite 125: Friedrich Ringold, Kaufmann und Magdalena genannt Lena geb. Mai in Mannheim-Reckart vom 31. Mai 1920. Erbschaftsgemeinschaft Vorbehaltsvertrag der Frau ist das in § 2 und § 3 bezeichnete Vermögen, sowie alles, was sie später nach dem Tode des Mannes oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder auf sonst irgend eine Weise erwirbt.

5. Seite 126: Ludwig Stetter, Kaufmann und Marie geb. Beyer in Mannheim. Vertrag vom 4. Juni 1920. Erbschaftsgemeinschaft Vorbehaltsvertrag der Frau ist das in § 2 bezeichnete Vermögen, sowie alles, was sie nach dem Tode des Mannes oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder auf sonst irgend eine Weise erwirbt.

6. Seite 127: Karl Geisler, Schreiner und Magdalena geb. Reinhardt in Mannheim. Vertrag vom 8. Juni 1920. Gütertrennung.

7. Seite 128: Carl Bickemeyer, Stenograf und Elisabeth geb. Hartwig in Mannheim. Der Mann hat das von Frau gemäß § 1257 B. G. B. zugehörige Recht, innerhalb ihres künftigen Erbvertrages

die Geschäfte des Mannes für ihn zu betreiben und ihn zu vertreten ausgeschlossen. Mannheim, den 19. Juni 1920. Adv. Amtsgericht Nr. 1.

**Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.**

Erwerbslosenunterstützung für Kurzarbeiter betr. Befennmachung.

Die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung an Kurzarbeiter ist an die jeweilige Voraussetzung geknüpft, daß die Einstellung oder Beförderung der Arbeit als Kriegserfolge anzusehen ist. Die Prüfung dieser Frage obliegt der Direktion für Erwerbslosenunterstützung.

Arbeitgeber, die aus zwingenden Gründen beabsichtigen, ihren Betrieb teilweise stillzulegen oder die Arbeitszeit zu beschränken, sind daher verpflichtet, von jeder beabsichtigten Einschränkung der Erwerbslosenunterstützung rechtzeitig zu verständigen, da die von den Arbeitgebern vorzuschickende Zahl der Kurzarbeiterunterstützung nur dann erfolgt werden kann, wenn aufgrund vorhergehender Prüfung Erfolg durch die Erwerbslosenunterstützung festgestellt werden ist. Mannheim, den 22. Juni 1920. Städt. Arbeitsamt.

**Abteilung Erwerbslosenunterstützung.**

Öffentliche Aufforderung. Im Hauptverbot hier gelangt im 3. Teil die 3. Rindertabelle, entfallend der Größe der in der Zeit vom 29. November 1901 bis 19. Juli 1902 verkauften Rinder zur Eingabe.

Gegen Entrichtung der Verpfändungsgebühr, die 30 Mark für ein Grab beträgt, werden die Gräber auf eine weitere 15jährige Nutzung verpachtet. Anträge hierwegen sind bis längstens 25. Juni 1920 bei uns im Rathaus N. 1. — 2. Stadtkammer 18 — zu stellen; später eintreffende Anträge werden nicht berücksichtigt.

Grabschneider, Einfassungen und Pflanzungen auf Gräbern, deren Verrechnung nicht beantragt wird, sind bis längstens 25. Juni 1920 zu entfernen. Nach Ablauf dieser Frist werden wir über die nicht entfernten Materialien geeignete Verfügung treffen. Mannheim, den 25. Mai 1920. Friedhofskommission.

**Bekanntmachung.**

Wir geben hiermit gemäß § 901 der R.E.O. bekannt, daß das Oberverwaltungsamt Mannheim, Beschlusssammer I, in der Sitzung vom 28. Mai 1920 die Auflösung unserer Kasse genehmigt hat. Gleichzeitig teilen wir mit, daß irgend welche Forderungen an die Kasse bis 28. September 1920 angemeldet sein müssen, andernfalls deren Verbringung verweigert werden kann. 7600 Mannheim-Candelfen, den 28. Juni 1920.

**Betriebskrankenkasse der Süddeutsch. Juteindustrie**

Mannheim-Sandhofen 6. Vikar, Vorsitzender.

**Nutz- u. Zuchtviehverkauf**

Freitag, 25. Juni und Samstag, 26. Juni, morgens 9 Uhr ab werden im Städt. Viehhof je ein größ. Transport hochschöne und krieschekunde KÜHE u. RINDER zum Verkauf ausgestellt. Kaufinteressenten sind eingeladen. L.V.: Maas & Loeb.

Joseph Ehrbacher Lager: Postfach 28. Tel.-L. 1. Holzhauerei Tel. 3392.

**la. Brenn-Holz**

unrationiert! rationiert!

Eintriefend: 2 Waggon Schwartenholz 1 m lang, geeignet für Dächer etc., à 2tr. 14.— Bündelholz an den billigsten Tagespreisen.

**Eichen-, Buchen-, Birken- und Tannen-Scheitholz**

pro 10 Tonnen RM. 2100.— ab Station abzugeben. 7604

**Schaller & Co., Köln-Ehrenfeld**

Chamissostrasse 2. Im Umtausch gegen 1 Gleichstrom-Motor Bergmann A.G. 1/16 PS., Type M., 120 Volt, 0,75 Amp., 2000 Umdrehungen.

**1 Gleichstrom-Motor**

Bergmann A.G. 1/4 PS., 220 Volt, 1 Amp., 3000 Umdrehungen, beide neu, suchen wir

**Je 1 Drehstrom-Motor**

1/16 und 1/4 bis 1/2 PS., neu oder gut erhalten. Gebrüder Bersch, Zigarren-Fabr. Mch. Lanzstrasse 13. 7608

**Kiefern-Sägemehl**

monatlich 2 Waggon abzugeben. 7616

**Keine Wanze mehr**

Kammwäcker Berg's Raubmittel Verfügung. DPF-Baumzoll zur Raubverfolgung 2000 Kinder, schwarz, gelb, Doppelpack N. 5.—, Ver. 2. DPF-Druck und Schützchen, 0.4.2. Pflanzl. Friedr. Schützchen 19. Bitte ausdrücklich nur Noodal zu verordnen. 7617

**Todes-Anzeige.**

Nach langem schweren Leiden, verschied heute das stellvertretende Vorstandsmitglied unseres Verbandes

**Herr Friedrich Roetter**

Sofort nach Gründung trat er in den Vorstand unseres Verbandes ein. Während seiner Tätigkeit hat er sich durch seine wertvolle Mitarbeit, seiner Persönlichkeit und seiner vorzüglichen Charaktereigenschaften, Anerkennung und Sympathie bei allen, die mit ihm in Berührung traten, in vollem Maße erworben. Sein Verlust trifft uns daher besonders schwer. Stets wird ihm bei uns ein ehrendes Andenken bewahrt sein.

MANNHEIM, den 22. Juni 1920.

**Deutscher Möbelfachverband**

Ortsgruppe Mannheim.

**Todes-Anzeige.**

Mittwoch vormittag entschlief ruhig nach langem schweren Leiden unser lieber Gatte und Vater

**Herr Josef Nohe**

im 61. Lebensjahre.

Die trauernd Hinterbliebenen: Margaretha Nohe Maria u. Emil Nohe.

Mannheim, 24. Juni 1920. Die Beerdigung findet Freitag mittag 2 Uhr statt. \*8345

**guten Most**

hat abzugeben. 7651

**E. Sulz**

Salem (Baden) Baden. Heirat

Geb. Fräulein, es, aus erster Familie vom Lande, sehr vermögend, wünscht mit Herrn in gl. Verhältnissen, am liebsten Kaufmann, zwecks

**Heirat**

bekannt zu werden. Entf. Einzelheit ins elterliche Geschäft nicht ausgef. Jüngster mit K. 1732 an Mann. General-Manager, Zweigstelle Reppelstr. 42.

Solider junger Mann, 30 Jahre, von gutem Charakter, wünscht mit jungem Mädchen von 20 bis 25 Jahren in Verbindung zu treten zwecks späterer

**Heirat.**

Zuführten, wenn möglich mit Bild, welches sofort zurücksenden, unter B. H. 12 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Herzenswunsch!**

Wer erfährt er mir eine oder beiden Grundhüben ausgebaute Ehe? \*8387

Einmalige große Notizen, Dankerfreunde, typisch, 2000. Ende 20 u. m. mit Herrn mit gleich. Gleichheit in jun. Pol. eomng. nicht unter 20 5. in Briefwechsel zu treten. Juchzeit wenn mögl. in Bild unter B. O. 26 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Heirat**

Solider junger Mann, angeheiratet in Verbindung in guten Verhältnissen wünscht

**Heirat**

m. jungem Fräulein, das sich ein sorglos, gehobenes Leben wünscht. Erstgemeinte Briefe mit Bild, das sofort zurückgeht, mit Ang. d. persönl. Verhältnisse, bitte 3 richten an: A. V. 9 a d. Geschäftsstelle d. Bl. \*8302

**Heirat**

Wittmer W. J., protest. Schloffer mit 2 Kindern, solider Arbeit. Mann, sucht ein älteres, kräft. Mädchen vom Lande mit etwas Vermögen zwecks spä.

**Heirat**

früher zu lernen. \*8318

Rur rechtgemeinte Zuführten mögl. m. Bild unter Str. 660 an Mann. General-Eng. Zweigstelle Gombertstr. 4.

**Achtung.**

Stärke- u. Haushaltswäsche wird angenommen. 7650

**Dampfwaschanstalt L. Benzinger**

Platzersgründstraße 15 Erl. 1946

**Pianos**

in Kauf u. Miete bei 5112

**Heckel**

Piano-Lager O 3, 10.

**Hohlsäume**

Kunststickerer Plissee Louis Hoffmanns oder hat werden soll u. billig angefertigt. 7600

**Geschw. Mixe, O 5, 1**

Damenstickerer normal Holzeck.

**Syphills-**

Behandlg. nach den neuesten wissenschaftl. Methoden ohne Beschränkung

Ausführende Broschüre No. 36 direkt versch. Mk. 2.— (Nachnahme).

**Spezialarzt Dr. med. Kollaender**

Frankfurt a. M., Bethmannstraße 56, gegenüber Frankfurter Hof, Tel. Hansa 4933. 2-47

Täglich 11—1. 5—7 Uhr. Sonntags 11—1 Uhr.

**Keine Streichholznot mehr!**

Das Alleinverkaufsrecht unserer mehrfach ges. geschützten Papier- und Streichholz, besserer Qualität für Holzstreicher, blüher wie Holz, ist an eine große Firma, die den Bedarf haben intensiu bearbeitet kann, zu vergeben. Günstiger Verkaufspreis mit ausgezeichneten Vertriebschancen. Einmalige Anzahlung gegen Lieferung von Ware RM. 40000.—

Mittwoch am Freitag im Hotel National am Bahnhof. 7680

**Achtung! Stärke-Wäsche**

liefert innerhalb 8 Tagen Neu-Wäsche Kuppel

Vertretung und Annahme durch Pr. Schröter J. 2, 23, Laden. 8273

**2 schöne Büroräume**

evtl. mit kleinem Lagerraum von Ingenieurbüro per 1. Okt. zu mieten gesucht. Angebote unter A. K. 95 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 8261

**2 guterhaltene eiserner Schubkarren**

u. 1 gebrauchte noch guterhaltene Dezimalwaage sofort gegen bar zu kaufen gesucht. Angebote unter G. P. 190 an die Geschäftsstelle. 7648

**Nürnberger Bücher-Revisor**

der regelmäßig alle 6 Wochen nach Mannheim kommt, empfiehlt sich für alle einschlägig. Arbeiten, besonders Abschließ- und Revisionen von Büchern nach neuen Methoden. Anfragen an Fachlehrer 120, Nürnberg L. Krollenauer, Nr. 2114

**Detektiv-Institut**

u. Privat-Auskunftei

**Argus**

A. Maler & Co. O. m. b. H. O. G. 8, Mannheim

Telephon 3315 Vertrauliche Auskünfte jeder Art, Erhebungen in allen Kriminal- und Zivilprozessen, Heiratsauskünfte 531

**Klein-Auto!**

für neuartige Kleinauto-Konfr. (Coclear) \*8302

**Fabrik oder Kapitalist**

günstig. Angeb. an Ing. Otto Lehmann in Sindelfingen bei Stuttgart.

**Stickeria**

empfehl. sich in Kleider- und Weibereien \*8307

Angeb. an B. L. 21 a d. Geschäftsstelle d. Bl.